



Überarbeitete
und aktualisierte
Fassung!

TTIP stoppen!

Geheimes Handelsabkommen bedroht
unsere Demokratie

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

TTIP – Geheimpakt der Konzerne

Seit 2013 verhandeln im Geheimen Technokraten der EU-Kommission und der US-Regierung über ein transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP). Ihr Ziel: Sie wollen einen gemeinsamen Handelsraum schaffen, in dem die für Konzerne besten Bedingungen gelten. Über die Folgen für die Menschen sprechen sie nicht. Aus gutem Grund: Tritt TTIP in Kraft, werden mühsam erkämpfte Rechte, Standards und Schutzmechanismen über Bord geworfen. Bedrohlich ist ebenfalls das bereits ausverhandelte Abkommen mit Kanada (CETA).

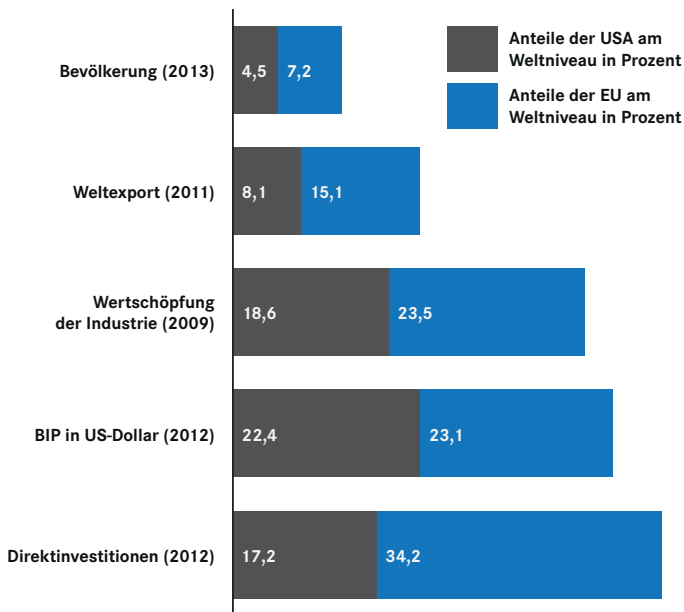
Diese Broschüre zeigt Ihnen all das, worüber die EU-Kommission und die Bundesregierung gern schweigen: Wie TTIP und CETA den gerade erst beschlossenen Mindestlohn gefährden, genmanipulierte Lebensmittel in die Supermärkte bringen und die schon abgelehnte Wasserprivatisierung durch die Hintertür doch noch ermöglichen.

TTIP verändert, sofern es umgesetzt wird, fast alle Bereiche des Lebens. Vom Krankenhaus in Ihrer Kommune bis hin zu den Pflanzen, die in Zukunft auf den Feldern Ihrer Umgebung angebaut werden dürfen.

Diese Broschüre informiert auch darüber, wie sich auf beiden Seiten des Atlantiks Widerstand gegen TTIP formiert und welche Wege es gibt, dieses Abkommen zu verhindern.

TTIP – Worum geht es

Wirtschaftsblock USA-EU



Die sogenannte »Transatlantic Trade and Investment Partnership« (TTIP) soll 2016 unterschriftsreif sein. Es geht bei TTIP nicht in erster Linie um den Abbau von Zöllen und Mengenbeschränkungen im Handel zwischen der EU und den USA. Worum es geht, sind Gesetze, Vorschriften, Standards, Normen, Zulassungs- und Kontrollverfahren sowie Verpackungs- und Informationsvorschriften – alles im Zweifel so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse.

Was etwa in den USA erlaubt ist, kann in der EU verboten sein und umgekehrt. Aus Sicht der Unternehmen ist dies ein Ärgernis, kostet nur Zeit und Geld. Die Wunschliste der Unternehmen nach einheitlichen, kostengünstigen und niedrigen Standards ist grenzenlos. TTIP wird damit zentrale Bereiche unseres Lebens, der Arbeit und Produktion neu regeln – ohne dass die Öffentlichkeit oder die Politik mitentscheiden kann.

Für uns und viele Kritiker in Deutschland, Europa und den USA ist TTIP ein Anschlag auf mühsam erkämpfte Rechte und Standards. Selbstverständlich wird es auch danach noch Gesetze und Regeln geben. Aber sie werden mit dem Abkommen an die Interessen der Unternehmen angepasst. Schließlich soll TTIP weit in die Zukunft greifen: Bei allen künftigen Gesetzesvorhaben soll geprüft werden, ob sie Handel und Investitionen behindern. So entmachtet sich Politik selbst. Wir bringen den Widerstand gegen TTIP ins Parlament und unterstützen ihn auf der Straße.

TTIP gemeinsam versenken!

Immer mehr Menschen haben es satt, ständig von Politik und Wirtschaftsvertretern hinters Licht geführt zu werden. Versprochen wird – wie so oft – mehr Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Doch am Ende gibt es einige Gewinner und viele Verlierer. Es ist ein Schlag ins Gesicht aller aufgeklärten Menschen, geheim über ein Abkommen zu verhandeln, das fast alle Lebensbereiche betrifft.

Deshalb protestieren und engagieren sich in Europa und auch in den USA immer mehr Menschen gegen TTIP. In Deutschland gibt es das Bündnis »TTIP unfairhandelbar«, in dem Gewerkschafter, Globalisierungskritiker, Umweltverbände und Verbraucherschützer vertreten sind.

Bundestagsabgeordnete der LINKEN demonstrieren vor dem Reichstag gegen TTIP am 12. März 2014.



Bis Ende April 2015 wurden europaweit mehr als 1,7 Millionen Unterschriften gegen TTIP gesammelt. In den Medien wird die Kritik lauter, und in den Parlamenten geraten die Befürworter des Abkommens stärker unter Rechtfertigungsdruck.

Bisher lassen sich die Verhandlungsführer davon nicht beirren. Klar ist aber: Wächst der Widerstand auf der Straße und in den Parlamenten, lässt sich das Freihandelsabkommen nur schwer durchsetzen. Es gibt die Chance: TTIP kann scheitern! Im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten.

***DIE LINKE will TTIP stoppen!
Hierzu organisiert DIE LINKE
zahlreiche Veranstaltungen,
vernetzt sich mit der außerpar-
lamentarischen Bewegung, um
gemeinsam erfolgreich zu sein.***





Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

VS - VERTRAULICH
amtlich geheimgehaltene

UNGEHEIM
Tgb.

06 / 1

ohne Anlagen offen

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie • 11018 Berlin

Geheimschutzstelle des Deutschen

Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Zu:

Leit. der Bundesregierung	
- VS - Registratur -	
M: 00	
[4 März 2014	
ZR 465-18-	
Tgb. Nr.	06/14 W-Verh.
01	02
Anlg.	01 = VI-Verh. +
02 = VI-NfD	

Wu Bleich
- Abente
1. Ref. 2 K.
d. 4
Nr. 4.3.

TREFF Bericht der Bundesregierung zur Klage Vattenfalls
die Mitglieder des Umweltverbands Klima- und Haus
Bu

Verhandlungen im Geheimen

HIER Bitte um Auslage in der Geheimschutzstelle des D

ANLAGE -1-

Wie immer, wenn es ums Geld und um Marktanteile geht, haben Unternehmensvertreter und Lobbyverbände exklusiven Zugang und genießen eine Art Sonderstatus. So ist es auch bei den TTIP-Verhandlungen. Sie können Verhandlungsdokumente einsehen und ihre Wünsche einbringen.

Diesen Status genießen die Öffentlichkeit und die Parlamente nicht. Mitentscheiden? Fehlanzeige!

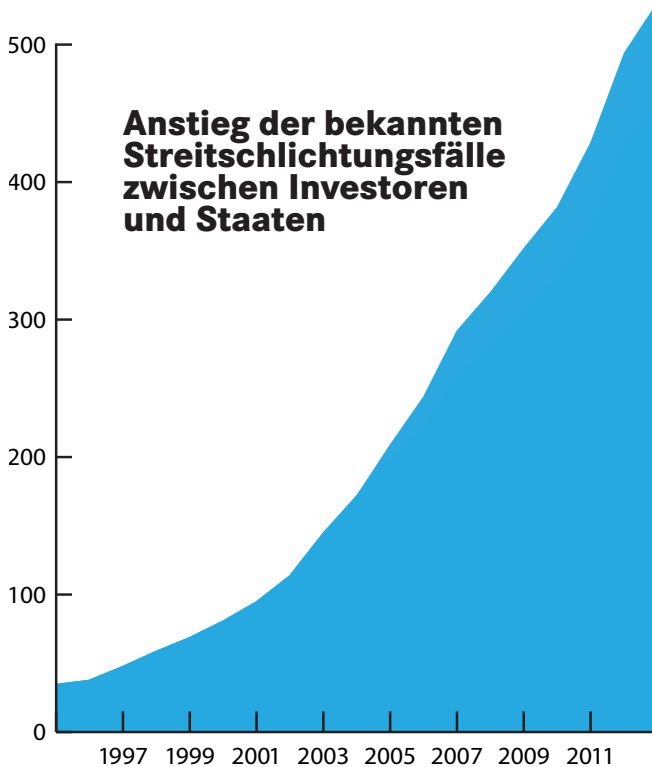
»Diese Verhandlungen werden natürlich im Geheimen geführt«, sagte Ex-EU-Han-

delskommissar De Gucht vor dem Europäischen Parlament. Doch nicht nur das: Die USA haben der EU sogar verboten, US-Verhandlungspapiere an die EU-Mitgliedsstaaten zu geben. Gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag wissen also nicht im Detail, was und worüber überhaupt verhandelt wird. Sie erhalten nur gefilterte und als vertraulich eingestufte Informationen. Das wenige, was sie wissen, dürfen sie den Menschen nicht mitteilen, weil sie sich sonst strafbar machen.

*DIE LINKE will wirkliche
Transparenz, demokrati-
sche Mitbestimmung und
Entscheidungsgewalt, keine
Fassadendemokratie!*

Die Volksvertreter sind nicht mehr als Zaungäste und sollen am Ende den Vertrag brav abnicken. So verstößt die EU-Kommission jeden Tag gegen zentrale Prinzipien der Demokratie. Bundesregierung und EU-Kommission sehen darin kein Problem. Sie sind voll des Eigenlobs, und ihre Devise lautet: Habt Vertrauen! Wir werden das richtig verhandeln. Wer aber geheim mauschelt und das Licht der Öffentlichkeit scheut, verdient kein Vertrauen!

Konzerne klagen gegen demokratische Entscheidungen



TTIP soll Konzernen in Zukunft die Möglichkeit geben, noch besser als bisher ihre Gewinninteressen gegen Staaten und demokratische Entscheidungen durchzusetzen. Der Schlüssel dafür ist eine Investitionsschutzklausel.

Folgendes Beispiel hilft, um das Problem zu verstehen: Derzeit verklagt der schwedische Konzern Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland wegen des beschlossenen Atomausstiegs auf 4,7 Milliarden Euro »Schadensersatz«

für entgangene Gewinne. Klagen kann der Konzern, weil Schweden und Deutschland dem Energiecharta-Vertrag angehören, zu dem eine Investitionsschutzklausel gehört.

Solche Klagen werden aber nicht vor ordentlichen Gerichten verhandelt, sondern in Schiedsverfahren. Drei Anwälte tagen geheim und einigen sich. Es gibt keine unabhängigen Geschworenen und keine Berufungsinstanzen. Durch TTIP könnten nun 75.000 Unternehmen, die sowohl einen Sitz in den USA als auch in Europa haben, ähnlich wie Vattenfall im Streitfall Schiedsgerichte anrufen.

Für die Unternehmen sind solche Schiedsverfahren ein Glücksfall. Bei den weltweit über 600 Klagen haben nur in 30 Prozent der Fälle die Staaten Recht bekommen.

DIE LINKE will weitreichende Arbeitsrechte, sichere Arbeitsplätze und gute Löhne! Kein Sozial- und Lohndumping, keine Sonderrechte für Unternehmen und kein Recht auf Profit!

**TTIP – Schädlich für Mensch
und Umwelt**



Umweltschutz ist in der EU nicht immer spitze. Doch immerhin gilt hier noch das »Vorsorgeprinzip«. So muss ein Chemie-Unternehmen in der EU erst die Unschädlichkeit neuer Substanzen wie Chlor-Verbindungen oder Dioxine belegen, bevor sie zugelassen werden. In den USA muss umgekehrt die schädliche Wirkung eines Stoffes erst nachgewiesen werden, um ihn vom Markt nehmen zu können. Genau dagegen wehren sich in den USA seit Jahren viele Bürger und wollen das »Vorsorgeprinzip« auch bei sich einführen. Mit TTIP würde dies in den USA verhindert und bei uns das »Vorsorgeprinzip« ausgehöhlt. Im Verhandlungsdeutsch klingt das harmlos: Standards werden angeglichen oder für gleichwertig erklärt. Damit können höhere Standards stets unterlaufen werden.

DIE LINKE verteidigt das »Vorsorgeprinzip« und setzt sich für einen besseren Umwelt- und Naturschutz ein!

Anderes Beispiel: die giftige Gasfördermethode »Fracking« boomt derzeit in den USA. In vielen europäischen Ländern ist das Verfahren verboten. Bisher ist den US-Energieunternehmen der Export von Fracking-Gas nach Europa untersagt. Das bleibt aber nur so, solange das Freihandelsabkommen nicht beschlossen ist. Mit TTIP könnte die EU mit Fracking-Gas geflutet werden. TTIP würde es US-Unternehmen sogar ermöglichen, gegen Fracking-Verbote in einigen EU-Ländern zu klagen.

**Verbraucherschutz
nicht preisgeben**



Die Verbraucher wollen wissen: Was ist drin in der Wurst, im Käse und im Brot? Wo und wie werden die Hähnchen und die Schweineschnitzel produziert? Auch wenn es in der EU immer wieder Lebensmittelskandale gibt: Es gelten strengere Vorschriften und Deklarationspflichten als in den USA – etwa für gentechnisch veränderte Stoffe in Futtermitteln und für Zusatzstoffe in Lebensmitteln. Gütesiegel und Zertifikate sollen helfen und regeln, was auf den Tisch kommen darf. Doch damit könnte bald Schluss sein. Einen Vorgeschmack gab die EU im Februar 2014, als sie erstmals den Anbau des Gentech-Mais 1507 erlaubte. Experten sind sich sicher: So wurde die Tür für den Import anderer umstrittener Produkte aus den USA ein Stück geöffnet.

Auf niedrigere Lebensmittelstandards durch TTIP hoffen auch europäische Konzerne. Sie wollen uns wie

DIE LINKE will hohe Qualitätsstandards und eine effektive Kontrolle!

ihre US-amerikanische Konkurrenz künftig mit Chlor desinfizierte Hähnchen und mit Wachstumshormonen erzeugtes Rindfleisch auftragen. Setzen sich die Agrar- und Lebensmittelkonzerne in TTIP durch, könnte sogar die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte fallen.

Damit nicht genug: Jede künftige Verschärfung von Grenzwerten für Zusatzstoffe in Lebensmitteln oder für Schadstoffemissionen soll dann auf ihre Vereinbarkeit mit dem Freihandelsabkommen abgeklöpft werden.

**Staatliche Regulierung statt
Finanzmarkliberalisierung**



Auch über Finanzdienstleistungen wird bei den TTIP-Verhandlungen gesprochen. Dabei machen die europäische und die US-amerikanische Finanzlobby mächtig Druck. Mit Erfolg. Bis heute lässt sich mit unsinnigen, aber gefährlichen Finanzprodukten beiderseits des Atlantiks viel Geld machen. Nach Abschluss von TTIP soll das noch einfacher und lukrativer werden.

Gegen den gesunden Menschenverstand und im Widerspruch zu offiziellen Ankündigungen strebt die EU-Kommission weitere

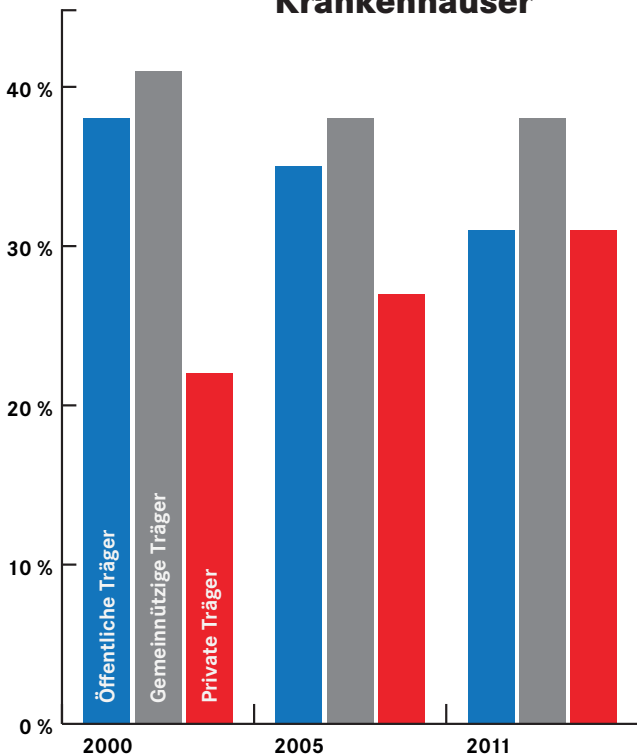
Liberalisierungen im Finanzbereich an. Denn seit der Finanzkrise im Jahr 2008 haben die USA strengere Gesetze und Vorschriften für den Finanzmarkt als die Europäische Union, damit Banken nicht zu groß und mächtig werden und am Ende wieder vom Steuerzahler »gerettet« werden müssen.

Das heißt im Klartext: Das Mutterland der Deregulierung und Marktliberalisierung – die USA – haben festgestellt: Wenn sie eine Finanzkrise wie 2008 verhindern wollen, dann müssen sie die Finanzwirtschaft regulieren! Die EU-Kommission mit ihren Lobbyisten und Unternehmensberatern sieht das anders. Sie fordert in TTIP einen deregulierten Markt und will so auch die bessere Regulierung des Finanzmarktes in den USA aushebeln.

DIE LINKE will eine strikte Regulierung der Finanzbranche, einen Finanz-TUV und einen starken finanziellen Verbraucherschutz, keine weitere Liberalisierung!

Gesundheit als Ware

Betreiber deutscher Krankenhäuser



Schon heute herrscht ein großer Konkurrenzkampf zwischen privaten und öffentlichen Krankenhausträgern in Europa. Das Ziel der privaten Betreiber: möglichst hohe Gewinne. Darunter leiden jetzt schon Personal und Patienten. Nun soll der Wettbewerb durch TTIP noch verschärft und privaten US-amerikanischen Gesundheitsdienstleistern der Weg geebnet werden. Der heute schon hohe Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen wird steigen und die Qualität im Gesundheitssektor sinken. Denn hohe Qualität und Standards führen aus Sicht der Unternehmen nur zu unerwünschten Kosten und schmälern den Gewinn.

DIE LINKE will keine steigenden Preise für Arzneimittel und Medizinprodukte und keine schlechtere Qualität im Gesundheitssystem!

Jede weitere Öffnung der öffentlichen Dienstleistungen für private Anbieter wird letztlich auch jede gezielte Unterstützung lokaler Wirtschaftszweige verhindern. Das gilt auch für Gesundheitsdienstleistungen. Viele gemeinnützige oder öffentliche Träger von Krankenhäusern, Pflegeheimen und Sozialstationen geraten so unter massiven Druck.

Verändert werden sollen auch die Regeln zur Zulassung von Medikamenten und Medizintechnik sowie zum geistigen Eigentum. Hierzu zählen Patentrechte, womit sich die Pharmariesen ihre hohen Monopolpreise für ihre Medikamente sichern. Im Gegenzug wird der Marktzugang für billigere, wirkstoffgleiche Kopien (Generika) erschwert. Ähnlich soll der Patentschutz auf chirurgische Methoden, Behandlungsstandards und -prozeduren ausgeweitet werden.



Öffentliches Beschaffungswesen und öffentliche Auftragsvergabe

Vom Bleistift bis zur Theaterbestuhlung umfassen die Ausgaben im öffentlichen Beschaffungswesen von Bund, Land und Kommunen rund 400 Milliarden Euro im Jahr.

Über TTIP soll der Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen auf allen drei Verwaltungsebenen – national, regional und lokal – wie es so schön heißt – »verbessert« werden. Öffentliche Stellen geben in der EU pro Jahr rund zwei Billionen Euro aus. Vom Bleistift über die Bürosoftware bis hin zum S-Bahn-Zug. Allein in Deutschland liegt das Volumen der öffentlichen Beschaffung bei rund 400 Milliarden Euro im Jahr. Hinzu kommen rund 80 Milliarden Euro an öffentlichen Bauaufträgen.

Nun gelten für die öffentliche Beschaffung und die Auftragsvergabe Gesetze und Vorschriften. Will zum Beispiel die Stadt Köln ihr Schauspielhaus neu

DIE LINKE will eine öffentliche Auftragsvergabe, die wirtschaftlich effektiv, sozial und nachhaltig ist!

bestuhlen, greift das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW. Neben dem Gebot der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung müssen auch politisch gesetzte Ziele zur Sozialverträglichkeit, zum Umweltschutz und zur Energieeffizienz eingehalten werden. In den meisten Bundesländern und der EU gibt es ähnliche Richtlinien und Vergabegesetze, womit konkrete Ziele der Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik umgesetzt werden.

In Zukunft aber – so sieht es TTIP vor – sollen Aufträge der öffentlichen Hand transatlantisch ausgeschrieben und der Beschaffungsmarkt geöffnet werden. Wer davon profitiert, ist klar: Europäische und US-amerikanische Konzerne. Der Handwerker vor Ort, die kleinen und mittleren Unternehmen der Region und ihre Angestellten werden in die Röhre gucken.

■ **Befristung und Leiharbeit stoppen!**
■ **Mindestsicherung ohne Sanktionen
statt Hartz IV!** ■ **Arbeit umverteilen
statt Dauerstress und Existenzangst!**
■ **Wohnung und Energie bezahlbar
machen!** ■ **Mehr Personal für
Bildung, Pflege und Gesundheit!**



DIE LINKE.

Sinn einer Freihandelszone ist es, die Freiheiten des Kapitals und der Unternehmen auszubauen. So wird durch TTIP der Standortwettbewerb angeheizt. Dies müssen die Beschäftigten ausbaden. Arbeitsrechte und Löhne geraten unter Druck, was von den Unternehmensvertretern und Lobbyisten auch gewollt ist. Im Umkehrschluss nimmt die soziale Spaltung zu. »Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit« heißt diese Zauberformel.

Dies gilt umso mehr, als in manchen US-Bundesstaaten eine aggressive gewerkschaftsfeindliche Politik betrieben wird. Außerdem haben die USA nur zwei der acht ILO-Kernarbeitsnormen anerkannt.

DIE LINKE will weitreichende Arbeitsrechte, sichere Arbeitsplätze und gute Löhne, kein Sozial- und Lohndumping!

Damit nicht genug. Den europäischen und auch den US-amerikanischen Konzernen soll erlaubt werden, ein Schiedsgericht anzurufen. Damit können am Ende auch Mindestlöhne zu Fall gebracht oder Verbesserungen im Befristungsrecht, in der Regulierung von Leiharbeit und bei Werkverträgen ausgehebelt oder dringend notwendige Verbesserungen verhindert werden.

**Kommunen unter
Privatisierungsdruck**



Auch die Kommunen werden die Auswirkungen von TTIP zu spüren bekommen.

Beispiel Trinkwasserversorgung: Sie ist bei uns zum größten Teil kommunal organisiert. Die Erfahrung zeigt: Wird die Wasserversorgung privaten Unternehmen überlassen, sinkt die Trinkwasserqualität, und die Preise steigen. Über 1,8 Millionen Menschen haben deshalb im Jahr 2013 eine EU-weite Petition gegen die Privatisierung der Wasserversorgung unterstützt. In letzter Minute wurde so der Privatisierungswunsch der EU-Kommission gestoppt und die kommunale Trinkwasserversorgung vorerst gesichert.

Dies wäre nach Inkrafttreten von TTIP kaum zu halten. Der Trinkwassersektor müsste privaten Unternehmen geöffnet werden. Gesetze und Verordnungen zur öffentlichen Wasserversorgung würden schlicht

DIE LINKE setzt auf regionale Wirtschaftskreisläufe mit kommunalen Unternehmen, die ihre Leistungen mit hoher Qualität und vernünftigen Preisen anbieten!

unwirksam. Auch in vielen anderen kommunalen Bereichen (Müllentsorgung, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen) würde die Privatisierung mit TTIP auf der politischen Agenda nach oben rücken. Dann kann man in Berlin und Brüssel auf den Freihandelsvertrag mit den USA verweisen und den kommunalen Ausverkauf als alternativlos präsentieren.



Kultur ist mehr als eine Ware

Das geplante transatlantische Freihandelsabkommen gefährdet die kulturelle Vielfalt in Europa. Kultur wird in der Europäischen Union in unterschiedlichen Formen gefördert. Zum Beispiel durch Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen wie Theater, Museen, Bibliotheken, durch die Förderung von Filmproduktionen, durch die Buchpreisbindung und den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter, was auch kleinen Verlagen und Buchhandlungen ein Überleben ermöglicht. Die Sonderstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland gehört ebenso dazu. Diese Förderung gibt es, weil Kultur eine öffentliche Aufgabe und nicht nur reine Handelsware ist.

DIE LINKE will die kulturelle Vielfalt und den kostengünstigen Zugang zu Kulturgütern erhalten und keinen sozialen Ausschluss und kommerziellen Einheitsbrei!

In den USA funktioniert Kulturförderung ganz anders. Sie ist mehrheitlich privatwirtschaftlich organisiert. Durch TTIP kann die Kulturförderung in Europa insgesamt in Frage gestellt werden. Kritiker warnen: US-Produktionsfirmen könnten gegen die Sonderbehandlung des Kultursektors in der EU klagen oder für sich die ohnehin geringen Mittel ebenfalls einfordern. Um dieser Gefahr zu begegnen, setzen wir uns dafür ein, dass über Kultur und Medien nicht in Freihandelsabkommen verhandelt wird. Das TTIP-Verhandlungsmandat sieht keine umfassende »kulturelle Ausnahme« vor. Nur die audiovisuellen Dienste – also Film, Fernsehen und Video – sind bisher ausgenommen. Die USA aber haben ein starkes Interesse, auch diese Dienste zu liberalisieren.

**Geistiges Eigentum und
Datenschutz**



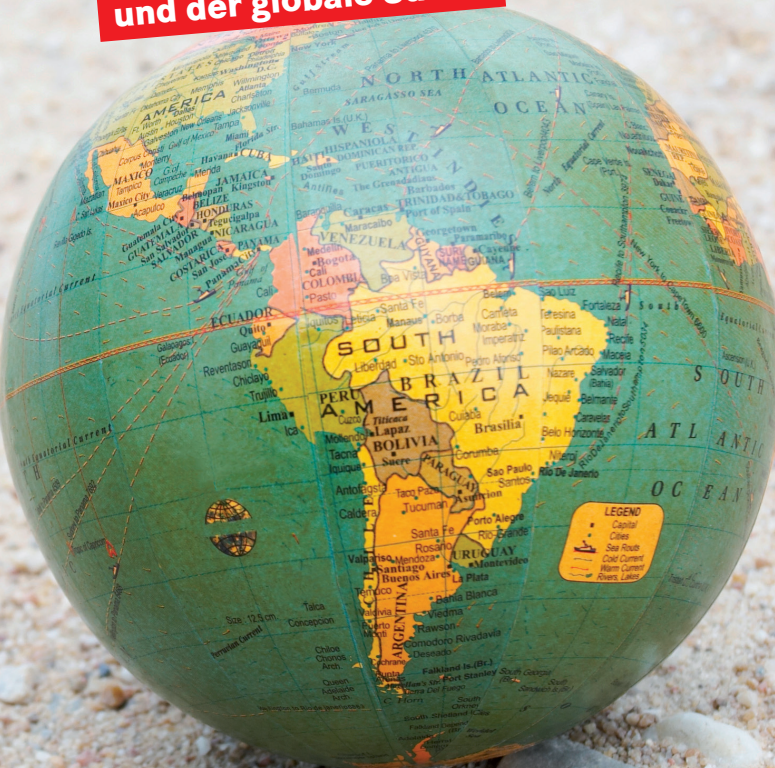
Das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA; Anti-Counterfeiting Trade Agreement) durch die Hintertür wird es mit TTIP nicht geben, behauptet die EU-Kommission. Im Verhandlungsmandat sind aber die Rechte am geistigen Eigentum und das Urheberrecht enthalten. Die Unterhaltungsbranche steht in den Startlöchern und fordert, endlich strikt gegen Urheberrechtsverletzungen vorzugehen. Die Internetprovider sollen zu Hilfssheriffs der Überwachung unserer digitalen Kommunikation werden.

DIE LINKE will keine Schnüffelei von Geheimdiensten, kommerzielles Sammeln und den totalen Ausverkauf aller persönlichen Daten!

Anders ausgedrückt: Konzerne sollen einfacheren und besseren Zugang zu unseren Daten haben. Die hohen europäischen Datenschutzstandards und der Schutz der Privatsphäre könnten mit TTIP als Handelshemmnis gelten. Dann wird aus kommerziellen Gründen der Datenschutz einfach abgeräumt.

TTIP sichert nicht die Meinungs-, Informations- und Handlungsfreiheit im Internet. Genau so wenig wird es ein Urheberrecht geben, das die Kultur des Teilens fördert und dafür sorgt, dass kreative Menschen für ihre Arbeit anständig vergütet werden. Dem stehen schon die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen entgegen, die nach dem Scheitern von ACTA in 2012 über TTIP einen neuen Anlauf nehmen, um ihre Wünsche endlich durchzusetzen.

TTIP und der globale Süden



Eine Freihandelszone zwischen der EU und den USA wird erhebliche Folgen für Schwellen- und Entwicklungsländer haben. Handelsströme werden sich verlagern. Viele dieser Länder werden Marktanteile verlieren. Diejenigen, die auf den neuen transatlantischen Markt wollen, werden dem Anpassungsdruck zum Opfer fallen.

Seit Jahren verhandeln etwa die afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) mit der EU über eigene Freihandelsabkommen. Bisher wehrten sie sich erfolgreich gegen harte Forderungen der EU, ihre Märkte vollends zu öffnen. Mit Abschluss von TTIP werden die Karten neu gemischt. Viele AKP-Staaten können dann nur zwischen Pest und Cholera

DIE LINKE will Waffenexporte verbieten, Kriege beenden und die Entwicklung der Länder des globalen Südens fair und gerecht ermöglichen!

wählen: Entweder sie nehmen erhebliche Einbußen durch die transatlantische Handelszone in Kauf oder versuchen durch TTIP-ähnliche Abkommen im Spiel zu bleiben. Der Verdrängungswettbewerb im globalen Süden wird intensiver, der Privatisierungsdruck größer und die Handlungsspielräume für die Regierungen kleiner.

Für die Bevölkerung im globalen Süden heißt das: Wasser, Energie und Nahrungsmittel werden teurer und die Versorgung breiter Bevölkerungsgruppen unsicherer. Mit TTIP rückt eine gerechte Weltwirtschaftsordnung in noch weitere Ferne.



CETA als Blaupause für TTIP

Im Schatten von TTIP wurde das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ausgehandelt. Der Vertragstext ist einsehbar. Es werde allenfalls noch geringe Änderungen im Rahmen der sogenannten Rechtsformlichkeitsprüfung geben, so die EU-Kommission.

Der CETA-Vertragstext gibt einen Vorgeschmack auf das, was uns mit TTIP blüht: etwa regulatorische Kooperation als Einfallstor für die Einflussnahme von Unternehmen auf die Gesetzgebung, Standardabsenkungen und die weitere Öffnung der Daseinsvorsorge für private Unternehmen.

Besonders schlimm ist, dass CETA die gefährlichen Investor-Staat Schiedsverfahren enthält. Sollte CETA samt Investitionsschutz-Klauseln in Kraft treten, können nicht nur die kanadischen Firmen, sondern auch 41.811 US-Firmen gegen Mitgliedsstaaten der EU klagen. Denn so viele US-Firmen verfügen über Investitionen in der EU und haben gleichzeitig ein Tochterunternehmen in Kanada. Sie können damit auch jenseits von TTIP die CETA-Klauseln in Anspruch nehmen.

Offen ist, ob die Bundesregierung CETA dennoch zustimmt. Die Gefahr ist groß. Deshalb ist es umso wichtiger, den öffentlichen Druck auf die Entscheidungsträger zu erhöhen. Weder CETA noch TTIP!

Zum Weiterlesen

Bundestagsdrucksachen:

18/Antrag Juni 2015

Keine Paralleljustiz für internationale Konzerne durch Freihandelsabkommen

18/4090

CETA-Verhandlungsergebnis ablehnen

18/2100

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Soziale, ökologische, ökonomische und politische Effekte des EU-USA Freihandelsabkommens

18/1093

Die Verhandlungen zum EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP stoppen

Reden, Anfragen und deutsche Übersetzungen wichtiger Kapitel des CETA-Abkommens unter:
www.linksfraktion.de/ttip-stoppen

Informationen aus dem Europaparlament:
www.fair-handeln-statt-ttip.eu

Wie Sie TTIP & CETA verhindern können

Demonstrieren!

In vielen Städten gibt es Aktionen gegen TTIP und CETA: Demonstrationen, Straßentheater, Unterschriftensammlungen und vieles mehr. Machen Sie mit! Aktionen auf der Straße erzeugen mediale Aufmerksamkeit und informieren andere Menschen.

Infos gibt es hier: www.ttip-unfairhandelbar.de. Informieren Sie Freunde und Bekannte. Sind Sie auf Facebook aktiv, dann teilen Sie die Seite der Kampagne:

www.facebook.com/eci.ttip

Unterschreiben und Unterschriften sammeln!

Derzeit sammeln mehr als 450 Organisationen aus 25 EU-Mitgliedstaaten Unterschriften, um CETA und TTIP zu stoppen. Schon zwei Tage nach Start der Unterschriftenaktion unterzeichneten mehr als 400.000 Menschen.

Bis Ende April 2015 hatten 1,7 Millionen Menschen unterschrieben. Informieren Sie Ihre Freunde und Ihre Bekannten. So kann öffentlicher Druck entstehen.

Online unterschreiben kann man unter anderem hier:

www.stop-ttip.org/de

Politik machen!

TTIP und CETA haben extreme Auswirkungen auf Kommunen. In vielen Städten gibt es schon jetzt Initiativen, um Verwaltung und Öffentlichkeit wachzurütteln. Die Mittel: Fragestunden in Kommunalparlamenten, Anfragen starten, Anträge stellen. So wird Druck gemacht auf Kommunal- und Landespolitiker. Eine sehr gute Übersicht über Initiativen, Erfolge und Musteranträge für Kommunalparlamente gibt es hier:

www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/aktionen/ttip-in-kommunen

www.die-linke.de/politik/aktionen/ttip-stoppen/informationen-und-material

Medien kontaktieren!

In den letzten Monaten haben Beiträge in Rundfunk und Presse dafür gesorgt, dass immer mehr Menschen in Deutschland über TTIP und CETA informiert sind und darüber diskutieren. Es müssen aber noch viel mehr werden. Rufen Sie bei Medien an. Fragen Sie nach TTIP und CETA. Fordern Sie mehr Berichterstattung. Unterstützen Sie kritischen Journalismus. Diskutieren Sie mit. Per E-Mail, Leserbrief, Telefon und in den sozialen Medien. So entsteht öffentlicher Druck auf Entscheidungsträger!

Noch Fragen?

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

MdB Klaus Ernst,
Leiter Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

MdB Alexander Ulrich,
Arbeitskreis Außenpolitik und Internationale Beziehungen

Telefon: 030/22751170
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

Studien der Rosa Luxemburg Stiftung:

John Hillary,
The Transatlantic Trade and Investment Partnership
<http://bit.ly/1frF8KP>

Ulrike Herrmann
Freihandel – Projekt der Mächtigen, www.rosalux-europa.info

Die LINKE. im Europaparlament

Fair handeln statt Wirtschafts-NATO
<http://www.dielinke-europa.eu/article/9179.fair-handeln-statt-wirtschafts-nato.html>

Gutachten zu den behaupteten Vorzügen aus TTIP
<http://www.dielinke-europa.eu/article/9176.gutachten-zu-den-behaupteten-vorzuegen-aus-ttip.html>

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch

Redaktion: Dr. Christian Christen, Jana Göttching, Dr. Hans Thie

Fotos: iStockphotos.com, pixabay.de

Layout: Fraktionsservice

Druck: Mediaservice GmbH

2. Auflage, überarbeitet und aktualisiert, Mai 2015

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfwzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

150507

www.linksfraktion.de